

# Welt der Arbeit

Ausgabe 8

www.weltderarbeit.de

14. April 2004

## WdA im April

Der entfesselte Kapitalismus und die Gefährdung des Friedens durch Waffengewalt haben bei Menschen in aller Welt berechtigte Ängste ausgelöst. Aber es gibt realistische Alternativen zu einer Politik, die Verursacher beider Übel ist! Notwendig ist umfassende Aufklärung. In mehreren Metropolen Europas sind Anfang April weit mehr Menschen auf die Straßen gegangen als erwartet worden war. Ihre überzeugenden Proteste gegen den einseitigen Abbau einst erkämpfter Rechte sollten uns alle ermutigen zur Fortsetzung und Ausweitung des Kampfes für eine bessere und menschenwürdigere Welt. Internationale Solidarität ist eine entscheidende Voraussetzung zur Gestaltung der Zukunft.

## Inhalt dieser Ausgabe

### Kampagne gegen Waffenhandel

Seite 1

### Abrüstung statt Sozialabbau

Seite 2

### Ein Tor zur Hölle, Nachrichten

Seite 3

### Reiz-Thema:

### Gesetzlicher Mindestlohn

Seite 4

### Aufstand in Europa: Millionen fordern eine andere Politik

Seite 5

### Die Union will eine andere Republik

Seite 6

### Blick zurück: Gleiche Rechte für die Mehrheit!

Seite 7

### Globale Arbeitslosigkeit auf Rekordstand, Holland in Not, Amerikaner werden immer ärmer

Seite 8

### 50 Jahre Bildungsstätte Hörste, Buch- und Internet-Tipp, Kommentar, Impressum

Seite 9

## Kampagne gegen Waffenhandel

Jeden Tag leben Millionen Frauen, Männer und Kinder in Angst vor bewaffneter Gewalt. Jede Minute wird ein Mensch getötet. Von den Gangs in Rio de Janeiro und Los Angeles bis zu den Bürgerkriegen in Liberia und Indonesien: Die Waffen sind außer Kontrolle.

Die unkontrollierte Verbreitung und der Missbrauch von Waffen sind Ursachen vieler Menschenrechtsverletzungen. Trotzdem wird der internationale Waffenhandel kaum beachtet. Diesen Missstand will die weltweite Kampagne „Waffen unter Kontrolle!“ beenden, die gemeinsam von amnesty international, Oxfam und vom „Internationalen Aktionsnetzwerk zu Kleinwaffen“ in über 60 Ländern gestartet wurde. Ziel ist ein rechtlich verbindliches internationales Abkommen, das alle Rüstungstransfers strikt kontrolliert. Ein solches Abkommen soll einheitliche Standards für den Waffenhandel schaffen und alle Exporte verbieten, die zur Verletzung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts beitragen.

Weltweit werden jedes Jahr eine halbe Million Menschen durch Waffengewalt getötet. Die Mehrzahl stirbt in bewaffneten Konflikten und Kriegen, die heute immer noch in über 30 Ländern toben. Rund 200.000 Menschen werden jährlich Opfer von Waffengewalt, die von Sicherheitskräften, in kriminellen Akten oder im privaten Bereich ausgeübt wird. Ziel der Kampagne ist es daher auch, Sicherheit und Schutz der Menschen vor Waffengewalt im Alltag zu verbessern – durch Maßnahmen gegen Nachfrage, Verfügbarkeit und Missbrauch von Waffen. Insgesamt gibt es derzeit über 600 Millionen Schusswaffen auf der Welt. Gewehre, Pistolen, tragbare Raketenwerfer oder Landminen sowie die dazu gehörende Munition sind heute fast

überall leicht erhältlich – wenn nicht über legale Wege, dann über graue und schwarze Kanäle, teilweise zu äußerst niedrigen Preisen.

„Konsequente Einhaltung der menschenrechtlichen, friedens- und entwicklungspolitischen Entscheidungskriterien“ und „mehr Licht im Dunkel der deutschen Rüstungstransfers“ forderten Friedens- und Menschenrechtsorganisationen anlässlich der Bundestagsdebatte zum Rüstungsbericht für das Jahr 2002. Die Bundesregierung soll endlich die von ihr immer wieder verkündeten Maßstäbe einhalten.

Den Wert der im Jahr 2002 erteilten deutschen Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern wird von Experten auf 3,26 Milliarden Euro (Vorjahr: 3,7 Milliarden) beziffert. Beim Export von Kriegsschiffen nimmt Deutschland eine weltweit führende Position ein. In der EU war Deutschland im Jahr 2002 zweitgrößter Rüstungsexporteur gewesen, mit großem Abstand hinter Frankreich (11,4 Milliarden) und knapp vor Großbritannien (3,2 Milliarden). Obwohl die Bundesregierung nach eigenen Angaben eine defensive Rüstungsexportpolitik verfolgt, ist Deutschland einer der größten Waffenlieferanten. Genehmigt wurden immer wieder auch Exporte in Staaten mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen – so Munitionsfabriken für die Türkei und Nepal. Seit Jahren weigern sich die jeweiligen Bundesregierungen, Rüstungsexporte in allen notwendigen Details offen zu legen. Trotz Lippenbekenntnissen fehlt auch weiterhin der politische Wille, in jedem Fall Rüstungsexporte zu verbieten, die zu Menschenrechtsverletzungen beitragen können. (ai/Oxfam)

## Abrüstung statt Sozialabbau

Der weltweite Waffenhandel ist ein Riesengeschäft. Die mächtigsten Staaten sind gleichzeitig die größten Waffenlieferanten. Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates – USA, Frankreich, Großbritannien, Russland und China – sind zusammen für über 88 Prozent aller konventionellen Waffenexporte verantwortlich. Und diese Exporte tragen regelmäßig zu schweren Menschenrechtsverletzungen bei. In den vergangenen vier Jahren haben die USA, Großbritannien und Frankreich mehr Geld durch Waffenexporte nach Afrika, Asien, Lateinamerika und in den Nahen Osten verdient, als sie diesen Ländern als Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt haben.

- Jährlich werden weltweit Waffenexporte und Rüstungstransfers im Wert von 21 Milliarden US-Dollar genehmigt.
- Jedes Jahr werden 8 Millionen Kleinwaffen produziert.
- Etwa 60 % der Kleinwaffen befinden sich in den Händen von Zivilisten.
- Es wird geschätzt, dass 80 bis 90 Prozent aller illegalen Kleinwaffen ursprünglich aus dem sanktionierten Handel stammen.

Die Verbreitung von Waffen durch Regierungstruppen und bewaffnete Gruppen fordert gewaltige Tribute an Menschenleben.

- Durchschnittlich werden pro Jahr mehr als 500.000 Menschen mit konventionellen Waffen getötet: ein Mensch pro Minute.
- Im Ersten Weltkrieg waren

14% aller Opfer Zivilisten. Im Zweiten Weltkrieg erhöhte sich diese Zahl auf 67%. Heutzutage ist sie bei manchen Konflikten sogar noch höher.

- Es gibt rund 300.000 Kindersoldaten, die an Konflikten beteiligt werden.
- In mehr als 70 Ländern hat zwischen 1997 und 2000 systematisch Folter und Misshandlung durch staatliche Sicherheitskräfte und bewaffnete Polizei stattgefunden.
- Immer wieder werden Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten unter vorgehaltener Waffe vergewaltigt – zum Beispiel 15.700 Frauen in Ruanda und 25.000 Frauen in Bosnien.

Der Waffenhandel vernichtet die Lebensgrundlagen vieler Menschen und hindert Länder daran, der Armut zu entkommen.

- Ein Drittel aller Länder gibt mehr Geld für das Militär als für das Gesundheitswesen aus.
- Im Durchschnitt geben Länder in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten pro Jahr 22 Milliarden US-Dollar für Waffen aus. Die Hälfte dieses Betrages würde ausreichen, jedem Mädchen und jedem Jungen in diesen Ländern den Besuch der Grundschule zu ermöglichen.
- El Salvador gibt mehr als 4 % seines Bruttosozialprodukts allein dafür aus, dass die Auswirkungen von Gewalt medizinisch behandelt werden.
- Fast die Hälfte (42%) aller

Länder mit den höchsten Militärausgaben gehört gleichzeitig auch zu denen mit dem niedrigsten Entwicklungsstand. Beispielsweise verwendet Eritrea 20 % seines Bruttosozialprodukts für das Militär.

- In Afrika betragen kriegsbedingte wirtschaftliche Verluste etwa 15 Milliarden US-Dollar pro Jahr.
- Die jährlichen Militärausgaben Pakistans betragen ein Drittel des Bruttosozialprodukts oder sogar die Hälfte, wenn man waffenbezogene Schuldenrückzahlungen einbezieht.

Die Auswirkungen der massenhaften Verbreitung und des Missbrauchs von Waffen haben einen kritischen Punkt erreicht. Der „Krieg gegen den Terror“ hätte die Aufmerksamkeit der Politik darauf lenken müssen, Waffen nicht in die falschen Hände geraten zu lassen. Doch das Gegenteil geschah: Seit den Anschlägen auf das World Trade Center und auf das Pentagon vom 11. September 2001 haben einige Exportstaaten ihre Kontrollen gelockert, um ihre neuen Verbündeten gegen den „Terrorismus“ aufzurüsten - ungeachtet deren Missachtung internationaler Menschenrechte. Trotz des Schadens, den diese Waffen anrichten, gibt es noch immer kein bindendes, umfassendes internationales Recht, das die Ausfuhr von konventionellen Waffen kontrolliert. Es ist höchste Zeit für einen internationalen Pakt zur Rüstungskontrolle. Darüber hinaus ist militärische Abrüstung in allen Teilen der Welt unverzichtbar.

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

## Ein Tor zur Hölle

Die USA und ihre britischen Verbündeten haben vor einem Jahr einen „Präventivkrieg“ gegen den Irak geführt, dessen Folgen immer noch unabsehbar sind. Alle Proteste dieser Welt haben die Aggressoren nicht vom Einsatz kriegerischer Gewalt abhalten können. Viele tausend unschuldige Menschen sind vom militärischen Vernichtungswahn und imperialen Hochmut, von Cluster-Bomben und Uran-Munition vorsätzlich ermordet, zerfetzt oder für ihr Leben gezeichnet worden. Von Anfang an war klar, dass nichts die Tötungsmaschinerie der überlegenen Invasoren aufhalten konnte.

Alle dreisten Behauptungen der Regierung Bush zur Begründung des Angriffskrieges sind widerlegt. Die Supermacht ist der schamlosen Lüge überführt. Ein Despot wie George W. Bush gehört auf die Anklagebank! Der Bruch des Völkerrechts ist als menschenverachtendes Verbrechen durch nichts zu rechtfertigen. Der Präsident und seine Regierung haben sich mit ihrem Angriffskrieg gegen die fundamentalen Normen des Rechts und der politischen Ethik, gegen die Prinzipien einer zivilisierten Gesellschaft, gegen die UN-Charta und gegen die Menschenrechtskonvention gestellt.

Der Krieg hat den Menschen in der arabischen Welt keinen Frieden, keine Freiheit von Not und Elend gebracht. Er ist noch lange nicht beendet. Die Eskalation der Gewalt hat vor allem George W. Bush zu verantworten. Wie kann eine solche Type nur Präsident der Vereinigten Staaten werden? Wie ist es möglich, dass er für seine Politik immer noch Unter-

stützung findet? Wann erfährt die Welt endlich die Wahrheit?

Der Krieg hinterlässt gewaltige Zerstörungen und für die betroffenen Menschen unvorstellbares Leid und Hoffnungslosigkeit. Die meisten haben ihre Arbeit verloren und leben in menschenunwürdigen Verhältnissen. Viele Menschen wurden getötet oder schwer verletzt. Häuser und wichtige zivile Einrichtungen wurden durch Bomben zerstört. Die Menschenrechtsorganisation amnesty international schätzt, dass seit dem 18. März 2003 als Folge des Krieges und der Besatzung über 10.000 Zivilisten ums Leben gekommen sind. Etwa 600 amerikanische Soldaten sind nach offiziellen Angaben im Irak gefallen, mehr als drei Viertel davon nach dem 1. Mai 2003, als Bush in theatralisch-martialischer Siegerpose die Kampfhandlungen voreilig für beendet erklärte.

Das Gerede der amerikanischen Regierungsdemagogen von Demokratie, Frieden und Freiheit ist nichts als Propaganda. Der Schaden durch diese verlogene Politik ist unabsehbar: weltweit neuer Terrorismus statt Zurückdrängung des Terrors. Ohne die überzeugende Bekämpfung des Hungers und der Armut in dieser Welt, werden Hass und Gewalt der verzweifelten, gedemütigten und erniedrigten Völker weiter zunehmen. Soldaten und Söldner der USA morden und erzeugen täglich neue Gewalt.

Frieden ist nicht in Sicht. Schon vor Kriegsbeginn im März 2003 warnte der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Musa: Der Krieg öffnet ein Tor zur Hölle.

Franz Kersjes

## Nachrichten

**Unicef** – Trotz der internationalen Ächtung von Landminen werden jedes Jahr zwischen 15.000 und 20.000 Menschen bei Minenexplosionen verletzt oder getötet. Ein Drittel der Opfer sind Kinder. Weltweit sind nach UN-Schätzungen noch etwa 100 Millionen Minen vergraben.

**IPPNW** – Die Organisation Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) fordert den Abzug aller US-Kernwaffen aus Deutschland. Insgesamt lagern in Ramstein und in Büchel in der Eifel 65 Kernsprengköpfe mit der Sprengkraft von 150 Hiroshima-Bomben.

**FR** – Nach einem Bericht der Frankfurter Rundschau erhebt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einem Strategiepapier die Forderung, bis zum Jahr 2010 den so genannten Verteidigungsetat auf 30 Milliarden Euro (derzeit 24,4 Milliarden) zu erhöhen. Die Personalkosten der Bundeswehr sollen erheblich gedrückt, der Investitionsanteil dafür von zurzeit 25 auf künftig 45 Prozent erhöht werden. Gern sähe der BDI auch einen stärkeren Einsatz der Truppe im Inland.

**ai** – Ein Jahr nach Beginn des Irak-Krieges hat amnesty international den USA schwere Menschenrechtsverletzungen in dem besetzten Land vorgeworfen. „Zahlreiche Zivilisten sind offenbar durch überzogene Gewaltanwendung der US-Soldaten getötet oder unter ungeklärten Umständen erschossen worden“, kritisiert die Menschenrechtsorganisation. „Viele sind gefoltert oder misshandelt worden, und einige sind in Haft gestorben.“

## Reiz–Thema: Gesetzlicher Mindestlohn

Unlängst brachte der ver.di – Vorsitzende einen gesetzlichen Mindestlohn ins Gespräch. Die Reaktionen waren überwiegend negativ. Die Absage von Unternehmern und Bundesregierung kam nicht überraschend; wer auf Deregulierung, also auf die Freiheit unternehmerischer Disposition setzt, für den sind verbindliche Mindestlöhne Teufelszeug. Doch Widerspruch kam auch von Gewerkschaften; auch diese Haltung ist nicht neu, sollte jedoch kritisch hinterfragt werden.

Immerhin sind gesetzliche Mindestentgelte nicht nur im Ausland verbreitet, darunter in Frankreich, Großbritannien und den USA. Sie gibt es auch hierzulande, z. B. für Heimarbeiter/innen. Darüber hinaus sind gesetzliche Mindestlöhne und –gehälter auch für Arbeitnehmer/innen ausdrücklich vorgesehen: Das Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen aus dem Jahre 1952 ermöglicht es, für einzelne Wirtschaftszweige oder Beschäftigtengruppen Mindestentgelte und sonstige Arbeitsbedingungen durch Rechtsverordnung festzulegen. Voraussetzung ist, dass im jeweiligen Sektor entweder keine Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände existieren, oder dass sie nur eine Minderheit von Arbeitnehmern oder Arbeitgebern umfassen, und dass die notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeitnehmer „die Festsetzung von Mindestentgelten erforderlich machen“. Allerdings ist von diesem (Schutz-) Gesetz in seiner über 50jährigen Geltung noch nie Gebrauch gemacht worden. Auch die Gewerkschaften hatten das nicht verlangt. Kein Wunder, in Zeiten von Wachstum und Voll-

beschäftigung konnte man sich auf gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht und auf flächendeckende Tarifverträge verlassen. So verdanken wir den auch heute noch bestehenden materiellen Wohlstand ganz wesentlich der Tarifpolitik. Die Tarifverträge haben Maßstäbe gesetzt, denen sich auch Außenseiter-Betriebe nicht entziehen konnten.

Also alles in Ordnung? Keineswegs. Die Zeiten haben sich geändert. Die Autorität des Tarifvertrages wird angegriffen. Er setzt nicht mehr allgemein befolgte Maßstäbe, schon gar nicht in Betrieben, Wirtschaftszweigen und für Beschäftigungsarten, die sich ohne starke gewerkschaftliche Präsenz jenseits der tarifvertraglich befristeten Sektoren ölfleckartig ausdehnen. Nicht zufällig wird diese Entwicklung staatlich gefördert, z. B. durch steuer- und sozialversicherungsrechtliche Privilegierung von „geringfügiger“ Arbeit. Dem hier eröffneten Lohndumping sind keine Grenzen mehr gesetzt – sieht man einmal von der Sonderregelung des Entsendegesetzes ab. Die Strafbarkeit und Sittenwidrigkeit des Lohnwuchers, auf die das Bundeswirtschafts- und Arbeitsministerium gönnerhaft verwiesen hat, bieten jedenfalls keine Lösung: zum einen nicht die Last der Durchsetzung dem schwächsten Glied aufzuladen, dem / der einzelnen Arbeitnehmer/in. Zum anderen definiert sich Lohnwucher aus dem Verhältnis zu den Vergleichslöhnen, die sich nach den Intentionen der Niedriglohn-Förderung im Sog des Lohndumpings gleichfalls nach unten bewegen sollen...und werden.

Natürlich ist es ehrenwert, den

Vorrang des Tarifvertrages zu betonen – soweit es denn im Kampf gegen Hungerlöhne weiterhilft. Einen interessanten Weg hat der vergangene DGB-Bundeskongress gewiesen: die unter allen Gewerkschaften abgestimmte gemeinsame Durchsetzung eines tarifvertraglichen Mindestlohns. Die österreichischen Gewerkschaften sind diesen Weg erfolgreich gegangen. Ein gemeinsamer Erfolg auf diesem Feld täte der Tarifautonomie auch in allgemeiner Hinsicht gut. Doch soweit sich abzeichnet, dass auch dieser Weg versperrt ist, sollten, ja müssen die Gewerkschaften ihre Haltung zum gesetzlichen Mindestlohn überdenken. Selbstverständlich werden uns staatliche Mindestentgelte nicht geschenkt; auch hier ist gesellschaftlicher Druck vonnöten. „Alle Arbeitnehmer/innen haben das Recht auf ein Arbeitsentgelt, das ihnen und ihren Familien einen angemessenen Lebensstandard sichert“, heißt es in der auch in der Bundesrepublik geltenden Europäischen Sozialcharta.

Gewiss, die Höhe eines gesetzlichen Mindestentgelts wird – im ersten Schritt – eher enttäuschend sein. Nur eines ist klar: In fünf Jahren würde sie in Übereinstimmung mit dem dann erreichten allgemeinen Niedriglohn-Niveau noch tiefer angesetzt werden. Und: diese Entwicklung trifft alle! Niemand sollte sich der Illusion hingeben, vom freien Fall der Entgelte, wie er sich in manchen Dienstleistungsbereichen und bei den Frauenlöhnen bereits abzeichnet, nicht betroffen zu sein.

Detlef Hensche



## Aufstand in Europa

# Millionen fordern eine andere Politik

Die Demonstrationen und Proteste am 2. und 3. April in mehr als 60 europäischen Städten haben unmissverständlich klar gemacht: Die Menschen verlangen Alternativen zur bisherigen asozialen Politik der Herrschenden!



In Deutschland versuchen Regierung und Opposition die Proteste zu ignorieren und auszusetzen. Die SPD-Spitze will trotz allem ihren politischen Kurs fortsetzen. Deshalb muss der Widerstand weiter wachsen.

Es ist ein fataler Irrtum zu glauben, dass Steuererleichterungen für Unternehmen und Vermögensbesitzer wirtschaftliches Wachstum befördern oder gar Arbeitsplätze schaffen. Kein Steuergeschenk an die Wirtschaft hat das Erreichen des Zieles ermöglicht: Die Massenarbeitslosigkeit steigt weiter, die Finanznot des Staates hat dramatische Folgen für das Leben der großen Mehrheit des Volkes. Die von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erpressten Verzichte, die Demontage erkämpfter sozialer Errungenschaften und die Zerstörung kulturellen Lebens sind völlig sinnlos, begünstigen nur die Reichen und haben katastrophale Folgen für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der meisten Menschen.

Steuererleichterungen und der vorenthaltene Lohn der Beschäftigten sind meist nicht in die Betriebe investiert worden, sondern wurden spekulativ auf den Kapitalmärkten angelegt und häufig verbrannt. Eine vorrangig internationale Aufgabe der Regierungen in Europa ist es, die vagabundierenden, riesigen Finanzmittel wieder der Realwirtschaft zuzuführen, also dahin zurückzubringen, wo Güter und Dienstleistungen produziert und konsumiert werden.

Die Menschen wollen endlich ein soziales Europa mit einheitlichen Arbeitnehmerrechten, mit verbindlichen Tarifverträgen und gemeinsamen Arbeitszeitregelungen, mit einer gerechten Sozialpolitik und einer Ökonomie, die Arbeitsplätze schafft und sichert und den Menschenrechten verpflichtet ist.



Erforderlich ist ein einheitliches Steuerrecht in Europa, das Steuerhinterziehung, Steuerbetrug, Steuerflucht, Steueroasen und das steuerliche Bankgeheimnis beseitigt. Die Profiteure der Globalisierung müssen wieder der Besteuerung unterworfen werden. Die kapitalistische Zinswirtschaft muss durch eine gerechte Geldwirtschaft ersetzt werden.

Der Sieg der Sozialisten bei den jüngsten Wahlen in Spanien und Frankreich und hoffentlich bald in Italien macht Hoffnung im Kampf gegen den Neoliberalismus. Und was geschieht in Deutschland? Hat die rot-grüne Bundesregierung unsere Zukunft bereits verspielt?



Der Gedanke an eine von CDU/CSU geführte Regierung kann nur Entsetzen auslösen. Was ist zu tun? Ich meine, in der Kürze der Zeit gibt es nur zwei Möglichkeiten: Es wird in Deutschland eine neue, sozialistische Partei gegründet, oder die SPD wird durch den Masseneintritt engagierter neuer Mitglieder, welche die Ziele wie Gerechtigkeit und Solidarität noch ernst nehmen, vom neoliberalen Spuk befreit. Alle Möglichkeiten müssen diskutiert und entschieden werden! Es darf kein kleineres Übel mehr geben, sondern nur noch eine Radikalkur!

Franz Kersjes

Alle Fotos auf dieser Seite:  
arbeiterfotografie.com

Weitere tolle Fotos von den Demonstrationen am 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart unter  
[www.arbeiterfotografie.com/galerie/reportage/](http://www.arbeiterfotografie.com/galerie/reportage/)

## Ausstieg aus dem Sozialstaat

# Die Union will eine andere Republik

Die notwendige Empörung über die ökonomischen und sozialpolitischen Entscheidungen der rot-grünen Bundesregierung wächst täglich. Die Mehrheit des Volkes fordert eine andere Politik. Viele enttäuschte und verbitterte Menschen werden diese Regierung nicht mehr wählen. Bei Umfragen finden CDU und CSU eine breite Unterstützung. Offensichtlich ist auch vielen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen nicht klar, dass die Unionspläne den Sozialstaat noch radikaler umkrepeln, als jede noch so grausame SPD-Agenda.

### Deregulierung des Arbeitsmarktes

CDU und CSU wollen beim Arbeitsrecht, in der Steuer- und Arbeitszeitpolitik den Ausstieg aus dem Sozialstaat durchsetzen. Festgelegt hat sich die Union bislang auf das folgende Arbeitsmarktkonzept:

- 1. Von Tarifverträgen** kann mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien abgewichen werden. Betriebliche Bündnisse für Arbeit und Betriebsvereinbarungen zur Beschäftigungssicherung werden gesetzlich verankert.
- 2. Die Reform des Betriebsverfassungsgesetzes** von 2001 wird zurückgenommen, die Anzahl der Betriebsratsmitglieder und der freigestellten Betriebsräte sinkt entsprechend.
- 3. Die Möglichkeit zum Abschluss befristeter Arbeitsverträge** wird von zwei auf vier Jahre ausgedehnt. Für 49jährige und ältere Arbeitslose entfällt der Kündigungsschutz bei Wiedereinstellung generell.
- 4. Die Arbeitslosenversicherung** soll nur noch für „Kernaufgaben“ aufkommen. Der Bei-

tragssatz soll dadurch um 1,5 Prozentpunkte auf fünf Prozent sinken.

**5. Langzeitarbeitslose** können im ersten Beschäftigungsjahr unter Tarif bezahlt werden. Leiharbeiter/innen müssen erst nach einem Jahr ebenso bezahlt werden wie die Stammbeschäftigten.

**6. Empfänger von Arbeitslosengeld II**, das 2005 eingeführt wird, müssen jedes Arbeitsangebot annehmen. Andernfalls erhalten sie nur noch „stark reduzierte“ Leistungen.

**7. Auf Teilzeitarbeit** haben nur noch Kinder erziehende und Angehörige pflegende Menschen Anspruch.

**8. Eine Ausbildungsplatzabgabe** wird nicht eingeführt.

**9. Ladenschlusszeiten** werden von Montag bis Samstag freigegeben.

**10. Kleinbetriebe** mit bis zu 20 Mitarbeiter/innen werden von statistischen Auskunftspflichten und anderen aufwendigen Verwaltungstätigkeiten ganz oder teilweise befreit; Arbeitszeit- und Arbeitsstättenrecht werden für Kleinbetriebe flexibilisiert beziehungsweise mit Ausnahmen versehen, Betriebsärzte und Sicherheitsfachkräfte müssen nicht mehr bestellt werden.

**11. Alle Regelungen** werden in einem Arbeitsgesetzbuch zusammengefasst. Die geplanten massiven **Eingriffe in die Tarifautonomie** sind für die Union keineswegs vom Tisch.

### Verlängerung der Arbeitszeiten

Nach der Kündigung der tariflichen Arbeitszeitregelungen im öffentlichen Dienst in den alten Bundesländern erwartet die Union eine breite Debatte über Mehrarbeit auch in anderen Wirtschaftszwei-

gen. Eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 40 bis 42 Stunden bei gleichem Lohn bzw. Gehalt wird verlangt. Das bedeutet: Die Beschäftigten arbeiten auf Kosten der Arbeitslosen länger. Neueinstellungen werden verhindert. Die zusätzlich produzierten Güter kann sich aber kaum einer leisten, weil den Arbeitslosen und den Beschäftigten die notwendige zusätzliche Kaufkraft fehlt.

### Steuergeschenke für Reiche

CDU und CSU wollen noch radikalere Steuersenkungen für Vermögensbesitzer durchsetzen. Alle Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer/innen sollen wegfallen, vor allem die Steuerfreiheit der Zuschläge für Schichtarbeiter/innen. Und das Gesundheitskonzept der Union sieht vor, dass die Krankenversicherungsbeiträge durch eine Kopfpauschale ersetzt werden. Dazu werden die bisherigen Arbeitgeberbeiträge eingefroren und mit dem Lohn versteuert und ausbezahlt. Dann zahlt jeder eine Kopfpauschale von 200 bis 260 Euro pro Monat an die Krankenversicherung. Großverdiener mit 5.000 Euro im Monat zahlen dann genauso viel wie Kleinverdiener mit 500 Euro im Monat. Den sozial Schwächeren soll mit steuerlichen Zuschüssen geholfen werden. Die jeweilige Kassenlage des Staates wird darüber entscheiden.

**Wer künftig CDU oder CSU wählt, kann die Folgen heute schon studieren. Niemand wird später einmal sagen können, er habe das alles nicht gewusst.**

Franz Kersjes

## Blick zurück: **Gleiche Rechte für die Mehrheit !**

Europas Frauen sind die Mehrheit! Das bleiben sie auch dann, wenn in zwei Wochen die Europäische Union um zehn Länder erweitert sein wird – der größte Mitgliederzuwachs auf einem Mal. Es wird vermutlich nicht die erste Sorge der neuen Mitgliedstaaten sein, der Mehrheit zu ihrem Recht zu verhelfen – und wäre es auch „nur“ auf dem Gebiet der Gleichbehandlung im Erwerbsleben. Selbst einer der Gründerstaaten der 1957 noch EWG genannten Union, die Bundesrepublik Deutschland, hatte es niemals eilig bei der Umsetzung von europäischem Recht in nationale Gesetzgebung; sie musste mehr als einmal gemahnt werden.

Die erwerbstätigen Frauen in Europa gewinnen viel durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, besonders jene Frauen, in deren Heimatland Gleichbehandlung am Arbeitsplatz und im Sozialrecht noch nicht durchgesetzt sind.

Alle europäische Gesetzgebung zu Gunsten von Frauen basiert auf dem Artikel 119 des EWG-Vertrages von 1957. Dort heißt es unter anderem: „Jeder Mitgliedsstaat wird den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden.“ Übrigens lag es den Vertretern der Signatarstaaten völlig fern, mit ihrem Vertrag ein Werk der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Europa zu schaffen. Es sollten eigentlich nur gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen in den sechs EWG-Gründerstaaten geschaffen werden. Dadurch kam es sogar ausnahmsweise vor, dass Niedrigst-

löhne von Frauen nach oben „harmonisiert“ werden mussten.

Der wahre Grund für den emanzipatorischen Inhalt des Art. 119 EWG-Vertrag störte politisch aktive Frauen aber wenig: Sie nahmen den Vertragstext beim Wort und begannen ihren Kampf gegen Lohndiskriminierung.

An dieser Stelle sei an nur zwei von vielen Marksteinen im Interesse der Frauen erinnert: Vor 30 Jahren, am 25. April 1974, wurde die „Entschließung für die Schaffung einer Richtlinie über die Anwendung des Art. 119 EWG-Vertrag“ verabschiedet, kurz darauf gefolgt vom ersten grundlegenden „Memorandum zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsleben“. Und vor fast 25 Jahren, am 9. Mai 1979, gab es die „Entschließung über gleiches Entgelt für Männer und Frauen“.

Besonders große Verdienste erwarb sich bei derartigen Initiativen der EU Parlaments-Ausschuss für die Rechte der Frau, deren Mitglieder zudem in ihren nationalen Wahlkreisen überhaupt erst bekannt machten, was durch die EWG, später die EG, nun die EU möglich wurde. Inzwischen geht es nicht mehr nur um gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit; es geht um alle Formen geschlechtsspezifischer Diskriminierung im Arbeits- und Sozialrecht. Längst gibt es Richtlinien unter anderem über Gleichbehandlung beim Zugang zur Beschäftigung, zur Berufsausbildung und zu den Systemen der sozialen Sicherung.

Richtlinien sind gewissermaßen europäische Gesetze. Sie müs-

sen in nationales Recht der EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden. Geschieht dies nicht fristgemäß, mahnt der Europäische Gerichtshof (EuGH) die säumigen Regierungen. Der Gerichtshof in Luxemburg ist die einzige Recht sprechende Instanz der EU und als solche zuständig für Auslegung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts. Betroffene können vor ihm klagen, nationale Gerichte den EuGH um Entscheidungshilfe ersuchen.

Einer der ersten deutschen Fälle liegt genau 20 Jahre zurück: Zwei hochqualifizierte Sozialarbeiterinnen wurde die Anstellung in einem Gefängnis, in dem sie bereits ihre Praktika erfolgreich absolviert hatten, zu Gunsten von Männern verweigert. Die Frauen klagten. Das deutsche Arbeitsgericht legte den Fall dem EuGH vor. Der urteilte am 10. April 1984: Eine nachträgliche Einstellung der Klägerinnen sei aus der einschlägigen Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft nicht abzuleiten. Es reiche allerdings nicht, nur den berüchtigten „Porto-Paragraphen“ anzuwenden und den Frauen lediglich die Kosten für ihre Bewerbungen zu erstatten. Eine Sanktion für den diskriminierenden Arbeitgeber sei fällig, und die müsse für ihn spürbar sein. Auf der Basis dieser EuGH-Entscheidung urteilte das zuständige deutsche Arbeitsgericht: je ein halbes Jahresgehalt für die beiden Sozialarbeiterinnen. Der Arbeitgeber, es war übrigens das Land Nordrhein-Westfalen, musste zahlen.

Anna Riedel

Informationen über EG-Richtlinien:  
[www.europa.eu.int/comm/employment\\_social/equ-opp/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/equ-opp/index_de.htm)

## Globale Arbeitslosigkeit auf Rekordstand

**Die Zahl der Arbeitslosen ist im vergangenen Jahr weltweit auf insgesamt 185,9 Millionen und damit auf Rekordniveau gestiegen. Am stärksten betroffen waren, bei einer bedrückenden Arbeitslosenquote von 14,4 %, rund 88 Millionen junge Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Die Zahl der „arbeitenden Armen“ – Menschen, die mit dem Gegenwert von einem Dollar pro Tag oder weniger auskommen müssen – liegt konstant bei geschätzten 550 Millionen.**

In ihrem Jahresbericht 2003 verlangt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) von den politischen Entscheidungsträgern in aller Welt „die Beschäftigungspolitik in den Vordergrund

zu setzen und dieser Politik den gleichen Rang einzuräumen wie den makroökonomischen Politiken.“ Darüber hinaus drängt die ILO darauf, die folgenden Herausforderungen anzunehmen:

„1. Einführen einer „Politik für Arme“. Armut, Hand in Hand mit wachsender Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, verhindert Beschäftigungswachstum. Wegen des Fehlens von Ausbildung, mangelnder Gesundheit und ungenügender Befähigung können arme Bevölkerungsgruppen ihr eigenes Potenzial nicht nutzen, um sich und ihre Familien eigenständig aus der Armut zu befreien. Eine „Politik für Arme“ sollte so beschaffen sein, dies durch menschenwürdige Arbeit zu erreichen. Das bedeu-

tet die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, um Frauen und Männern zu helfen, sichere, produktive und auskömmliche Arbeit zu erlangen, die den Bedingungen von Freiheit, Sicherheit und menschlicher Würde entsprechen.

2. Wenn sich Wachstum ohne Arbeit (jobless growth) fortsetzt, wird dies zukünftiges Wachstum bedrohen. Kein Land kann wachsende Arbeitslosenraten auf lange Sicht durchstehen, weil zurückgehende Nachfrage ab einem gewissen Punkt das Wirtschaftswachstum hemmt. Darüber hinaus sind wachsende Arbeitslosenraten eine Verschwendung von Humankapital.“  
*Der Jahresbericht ist abrufbar unter [www.ilo.org/public/german/region/europro/bonn/aktuelles.htm](http://www.ilo.org/public/german/region/europro/bonn/aktuelles.htm)*

### Holland in Not

Vorbilder von gestern sind die Sorgenkinder vom morgen. So ist das im Turbokapitalismus. „Die Lage ist so schlecht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr“, meint Henk Don, Chef des regierungsamtlichen niederländischen Zentralen Planungsamtes. Nach seiner Einschätzung wird die Arbeitslosenquote in den Niederlanden Ende 2004 voraussichtlich über 7 % liegen. Vor drei Jahren herrschte im Land der Tulpen mit einer Quote von 2,3 % fast Vollbeschäftigung. Fachleute erwarten für die Zeit von 2001 bis 2005 nur ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 0,75 %. Die Staatsverschuldung steigt. Den Arbeitnehmern stehen Sozialabbau und weitere Einkommensverluste bevor. Die Folgen sind unabsehbar. -es

### Amerikaner werden immer ärmer

Die Politik der Bush-Regierung hat viele Menschen in den USA ärmer gemacht. Ein Bericht aus dem amerikanischen Arbeitsministerium bestätigt einen Trend zu immer schlechter bezahlten Arbeitsplätzen und mehr Armut. Danach sind die Löhne der niedrigst bezahlten Arbeiter/innen im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr inflationsbereinigt weiter gesunken, während die der Besserverdienenden unverändert geblieben sind. In fast allen 50 Einzelstaaten der USA stieg die Zahl der Kleinverdiener, vom Tellerwäscher bis zur Verkäuferin.

Trotz enormer Steuererleichterungen für Unternehmen und Vermögensbesitzer und steigenden Wirtschaftswachstums im zweiten Halbjahr 2003 ist die

Arbeitslosigkeit gestiegen. Im vergangenen Jahr vernichtete zum Beispiel das verarbeitende US-Gewerbe eine weitere halbe Million Arbeitsplätze, womit sich der seit Juli 2000 andauernde Stellenabbau mittlerweile auf 2,8 Millionen Jobs addiert. Vor drei Jahren hatte die Arbeitslosenquote in den USA lediglich 3,8 % betragen. Am Jahresende 2003 lag sie nach offiziellen Angaben bei 5,7 % mit weiter steigender Tendenz. Die tatsächliche Anzahl der Arbeitssuchenden dürfte weitaus höher sein.

Immer mehr Menschen müssen auch im Alter arbeiten, weil für viele nicht die Rente reicht, um die Miete, Strom und andere Grundbedürfnisse zu bezahlen.

-es



## 50 Jahre Bildungsstätte Hörste

Nach der Befreiung vom Faschismus war es der vom Ortsverein und Bezirk gegründete „Verein Graphisches Jugendheim e. V. Bielefeld“, der 1954 die erste zentrale Freizeit- und Bildungsstätte der Industriegewerkschaft Druck und Papier in Lage-Hörste eröffnete. Vom „Bergheim“ über das Heinrich-Hansen-Haus zum Institut für Bildung, Medien und Kunst (IMK), der Bildungsstätte der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, – über fünf Jahrzehnte entwickelte sich die Bildungsstätte zu einem sehr beliebten Treffpunkt aktiver Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Das Jubiläum soll Pfingsten gefeiert werden! Von Freitag bis Sonntag (28. bis 30. Mai) gibt es zahlreiche Angebote zur Begegnung und Erinnerung. Hier ein Ausschnitt:

Freitag, 28. Mai  
15 Uhr 30  
Buchvorstellung  
„**Freiheit, Wohlstand, Bildung für alle**“  
**50 Jahre gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Hörste**

17 Uhr  
Erzählcafé  
„**Alte Geschichten von junggebliebenen Gewerkschaftern**“

20 Uhr  
**Festprogramm**

Samstag, 29. Mai  
10 Uhr  
„**Aus gestern und heute wird morgen – Skizzen einer anderen Zukunft**“  
Podiumsdiskussion mit Frank Deppe, Detlef Hensche, Arno Klönne, Dorothea Müller, Karl A. Otto, Jörg Wollenberg.

15 Uhr  
„**Die schärfsten Zungen des politischen Kabaretts**“ mit **Heinrich Pachtl**

An allen Tagen viel Musik, Ausstellungen, Kinderprogramm, Videodokumentationen u.v.m.

Anmeldungen rechtzeitig an:  
Institut für Bildung, Medien und Kunst, Teutoburger-Wald-Straße 105, 32791 Lage-Hörste  
Telefon 05232 / 983 – 0  
E-Mail: [info.imk@verdi.de](mailto:info.imk@verdi.de)

[www.imk.verdi.de](http://www.imk.verdi.de)

\* \* \* \*

### Buchtipps

Thomas Schuler  
**Die Mohns**  
Die Familie hinter Bertelsmann  
*Campus-Verlag, 372 Seiten, 24,90 E*

Der Journalist Thomas Schuler hat als Erster die Geschichte des Bertelsmann-Konzerns aufgeschrieben – von den Anfängen 1835 über die Nazi-Zeit bis heute. Das Image des Reinhard Mohn wird als falsch entlarvt. Die so genannte „Bertelsmannkultur“ hatte immer nur ein Ziel: Profit, Profit, Profit!

### Internet-Tipp

Zwei neue Beiträge zur Gewerkschaftsgeschichte unter [www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)  
Jörg Wollenberg: **Vom Buchdruckerverband zur Dienstleistungsgewerkschaft**  
Zum Jubiläum des Ortsvereins Bielefeld der grafischen Fachgruppen.

Gisela Kessler:  
**Keiner schiebt uns weg!** Der Kampf der Frauen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

### Kommentar

#### **Der Weltökonom**

Der Neoliberalismus soll nun auch an der Spitze des Staates repräsentiert werden. Union und FDP haben sich dazu den Chef der Welthandelsorganisation (WTO) Horst Köhler ausgesucht. Er soll Bundespräsident werden. Sein bisheriges Auftreten lässt erkennen, dass er von den Interessen der Mehrheit unseres Volkes weit entfernt denkt. So behauptet er beispielsweise, bei uns erwiesen sich „zentralistische Lohnabschlüsse immer mehr als Arbeitsplatzvernichter“. Köhler passt zur aktuellen Kampagne der Vermögensbesitzer und fordert längere Arbeitszeiten. „Früher habe ich öfter die Wohnung geweißt und tapeziert. Da habe ich auch nicht gesagt, ich höre um 18 Uhr auf, wenn ich am Montag wieder in meinem Institut in der Universität sein musste,“ erklärte der Kandidat. Mit der Politik der WTO hat Köhler in vielen Teilen der Welt bereits genug Unheil angerichtet. Als Repräsentant unseres Landes ist er nicht nur deshalb ganz und gar ungeeignet. Seine Wahl wäre mehr als peinlich.

Franz Kersjes

### **Impressum:**

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes,  
Telefon: 0171 - 5 26 65 35,  
Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de)

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht. [www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)  
Nachdruck erwünscht.  
Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.